

Auf einer goldenen Brücke in die Zukunft: Das Zusammenleben von Christen und Muslimen in Österreich

Österreich hat eine für Europa alte und wechselseitige Geschichte mit dem Islam. Der erste Brückenpfeiler für unser Thema sind die geschichtlichen Ereignisse des 19. Jahrhunderts. Im Zuge der Aufklärung entwickelten sich in Europa Glaubens- und Gewissensfreiheit als Grundrechte. Erst das „Toleranzpatent“ unter Kaiser Josef II. hatte 1781 vor allem Juden, aber auch einzelnen Muslimen, den Aufenthalt in Österreich gesichert. Durch die politischen Entwicklungen beim Berliner Kongress bekam Österreich 1878 Bosnien-Herzegowina zugesprochen. Damit wurden erstmals Muslime in einem ihnen angestammten Siedlungsgebiet Bewohner des Kaiserreichs.

Hier zeigten sich zwei Entwicklungen: Die Bosnier blieben bis heute Muslime. Aber sie erkannten die staatliche Oberhoheit des Kaiserhauses, das katholisch war, an. In dieser Entwicklung wurde die im klassischen Islam übliche Verbindung von Staat und Religion gelöst. Bis heute ist der Müftü von Sarajewo für die Glaubens- und Moralfragen der Muslime in Bosnien zuständig. Der Staat ist dazu ein Parallelgebilde mit seinen Zuständigkeiten.

Um den Muslimen einen für sie zufrieden stellenden Zustand zu gewährleisten, wurde ihnen aufgrund des Gesetzes über Glaubens- und Gewissensfreiheit die freie Religionsausübung zunächst provisorisch zugesichert. Dabei wurde von Anfang an festgelegt, dass die Verfassung Österreichs über dem Scheriat steht, das damals im Osmanischen Reich noch gültig war. 1912 wurde unter Kaiser Franz Josef II. das heute noch gültige Islam-Gesetz erlassen. Dem Staat war es wichtig, keine „dislozierten“ Staatsangehörigen zu haben. Christen wie Muslime sollten sich im Kaiserreich zu Hause fühlen und ihm damit loyal sein. Dies galt kurz vor Anbruch des 1. Weltkriegs vor allem für Soldaten.

Mit diesem Gesetz wurde der Islam der hanefitischen Rechtsschule in Österreich zu einer staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft mit denselben Rechten und Pflichten wie die katholische Kirche.

Den Muslimen wurde neben der freien Religionsausübung auch die Möglichkeit zur Errichtung von konfessionellen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Schulen, Moscheen oder Friedhöfen zugesichert. Dazu sollten die Muslime eine Organisation mit Öffentlichkeitsrecht errichten. Doch dazu kam es nicht mehr, da 1914 der 1. Weltkrieg begann und 1918 die österreichisch-ungarische Monarchie zusammenbrach. Übrig blieb das kleine Deutsch-Österreich. Das Gesetz wurde bis in die 2. Republik vererbt, doch praktisch vergessen.

Noch 1955 heißt es in der islamischen Revue, dass „Österreich in der Behandlung von religiösen Minderheiten ein Modell für Toleranz ist. Diese Tatsache trägt viel zur Vertiefung freundschaftlicher Gefühle für Österreich in muslimischen Ländern bei.“ Der Muslim-Anteil in Österreich wurde damals auf einige Tausend geschätzt.

Doch mit dem Beginn der 60er Jahre entstanden zwei weitere Brückenpfeiler:

In der katholischen Kirche fand das II. Vatikanische Konzil statt. 1965 wurde das Dekret „Nostra Aetate“ verabschiedet, in dem das Verhältnis zu den nicht-christlichen Religionen neu bestimmt wurde.

Zur gleichen Zeit begann aber auch die Gastarbeiter-Einwanderung. Zunächst dachte niemand an einen Daueraufenthalt dieser Arbeiter aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien in Österreich. Die Wirtschaft brauchte Arbeitskräfte, Menschen mit einer eigenen Kultur und Religion kamen. Die meisten dieser Arbeiter wollten, nachdem sie sich etwas Geld erspart hatten, in ihre Heimatländer zurück. So suchten sie relativ wenig den Kontakt zu den Österreichern, wenige lernten Deutsch.

Allerdings wurde Wien auch immer stärker zu einem Ort der Diplomatie für islamische Länder und übernahm so eine Brückenfunktion zwischen Ost und West. Viele muslimische Studenten kamen nach Wien, aber auch nach Graz.

Vor allem Muslime, die wie Smail Balic noch aus der alten bosnischen Minderheit stammten, die neu gekommenen Studenten und Mitglieder der Diplomatie bemühten sich seit 1971 um die Errichtung der „Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich“. Dies entsprach der im Gesetz von 1912 verlangten Körperschaft öffentlichen Rechts, um das Gesetz in Anspruch nehmen zu können. Durch das Zusammenwirken des damaligen Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky und des Wiener Kardinals Dr. Franz König wurde 1979 der Bescheid für die „Islamische Religionsgemeinschaft in Österreich“ erteilt und in Wien die erste der heute bestehenden vier Islamischen Religionsgemeinden errichtet. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte der heutige Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, Anas Schakfeh, der als Student aus Syrien nach Österreich gekommen war.



Moschee Dornbirn

Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich ist der staatlich anerkannte Verhandlungspartner der Republik Österreich in Bezug auf den Islam. Ihr steht das Recht zu, konfessionelle Einrichtungen zu errichten, islamische Religionslehrer an die Schulen bzw. Ausbildungsstätten zu entsenden oder Rechtsentscheidungen (fetva) zu fällen. Muslimische Kinder haben wie die Angehörigen der anderen staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften das Recht auf islamischen Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen, der von öffentlicher Hand bezahlt wird. Ab 5 Kindern kann ein einstündiger Religionsunterricht erfolgen, ab 10 Kindern ein zweistündiger. Das Bundes-

gesetzblatt mit dem Lehrplan für den islamischen Religionsunterricht wurde 1983 verabschiedet.



*Prof. Anas
Shakfeh*

1988 wurde das Islamgesetz von 1912, das bisher nur für Muslime des hanefitischen Ritus gültig war, auf alle Muslime erweitert. 1998 wurde für die Ausbildung von islamischen Religionslehrern in Österreich die „Islamische Religionspädagogische Akademie“ in Wien gegründet. Die theologische Leitung hat derzeit ein Ägypter, der an der Al Azar Universität ausgebildet wurde, inne. Er wurde von der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich bestellt.

Soweit einige Brückenpfeiler, die als Gesetze in Österreich verankert sind. Doch wer geht auf dieser Brücke des Zusammenlebens in Österreich?

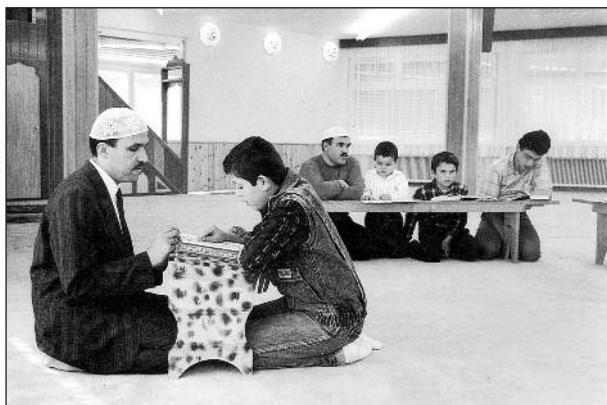
Ca. 350.000 Personen oder 4,2 % der österreichischen Wohnbevölkerung sind heute Muslime. Die meisten dieser Muslime leben allerdings nicht in gleicher Weise über das ganze Land verstreut.

In der Bundeshauptstadt Wien sind 7,9 % der Wohnbevölkerung Muslime. Diese sind zu ca. 10 % arabischer, ca. 25 % bosnischer und ca. 65 % türkischer Abstammung. Die meisten der arabischen und einige der anderen Muslime kamen als Studenten, über die Wirtschaft oder als Diplomaten. Die Mehrzahl der Türken und Bosnier kam als „Gastarbeiter“ aus Anatolien oder Bosnien nach Wien.

Weitere Zentren mit einer relativ hohen Anzahl an Muslimen in den Bundesländern sind Linz-Traun, Salzburg-Stadt, Innsbruck sowie das gesamte Bundesland Vorarlberg, das mit 8,4 % Muslimen den doppelten bundesweiten Durchschnitt aufweist. In Vorarlberg setzt sich die muslimische Bevölkerung etwas anders als in Wien zusammen: Es gibt kaum Araber, ca. 90 % sind türkischer Abstammung, ca. 10 % bosnischer. Hier gibt es praktisch nur „Gastarbeiter“.

Die Arbeiter organisieren sich vor allem über islamische Vereine wie die „Avusturya Türk İslam Birliği“, deren Imame von der Diyanet entsendet

werden, oder andere Gruppen wie die Süleymançilar oder Milli Görüş. Lange haben die staatlich anerkannte Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich und diese Vereine nebeneinander existiert. Heute arbeiten einige Vereine mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft zusammen, weil sie erkannt haben, dass sie damit auch ihre Rechte in Österreich einfordern können oder Religionslehrer über diese entsenden können.



Koranschule in Rankweil

Viele diese Vereine gaben und geben ihren Mitgliedern religiöse und kulturelle Heimat in einer neuen, unverständlichen Umwelt. Zunächst waren sie auch wichtig, da diese für den Todesfall Überführungsversicherungen in die Heimat anboten. Unterdessen lebt aber schon die dritte Generation von Muslimen in Österreich. Die Frauen sind im Rahmen der Familienzusammenführung nachgekommen, die Kinder wurden in Österreich geboren. Für Familienfeiern wie Hochzeiten und Beschneidung wird zwar noch immer gerne in das Herkunftsland gefahren. Die Brücken zur Heimat wurden nicht abgebrochen, aber aus Brücken zur Heimat wurden Brücken zur Herkunft. Da aber unterdessen ungefähr 50 % der Muslime in Österreich die österreichische Staatsbürgerschaft angenommen haben, stellen sich neue Fragen.

Deutschlernen wird nun auch in den islamischen Vereinen als wichtig angesehen. Doch gerade für den Dialog vor Ort besteht das Problem, dass noch immer viele Imame keine guten Deutschkenntnisse haben. Auch viele der verdienten alten Gemeindeglieder in den Bundesländern kamen mit gerin-

ger Schulbildung nach Österreich. Sie sind fromme Leute, aber auf Grund ihrer Bildung für ein Gespräch zwischen den Religionen nicht fähig.

In den Krankenhäusern sind wir auf einmal mit einem anderen Umgang mit Krankheit und Tod konfrontiert, der vor allem für das Pflegepersonal Probleme bringt. Es kommen muslimische Kinder in ein altbewährtes Schulsystem, das vom christlichen Festjahr bestimmt ist. Wie viel Raum kommt den Religionen in den öffentlichen Schulen zu? Christen wollen genau so wenig auf ihre Traditionen verzichten, wie Muslime ihre Kinder davon beeinflussen lassen wollen.

Großeltern, die eigentlich in der Pension zurück in die Heimat wollten, stehen vor der Frage, noch im Alter ihre Staatsbürgerschaft zu wechseln. Denn ihre Kinder und Enkel sind Österreicher geworden und haben sich damit für den Daueraufenthalt in Österreich entschieden. Wenn aber Österreich für sie zur Heimat geworden ist, wollen sie hier sterben und begraben werden. Nun sind wir z. B. in Vorarlberg daran, die Voraussetzungen für einen islamischen Friedhof zu schaffen. Die Gespräche dabei sind manchmal zäh, manchmal von einer wunderbaren Tiefe. Aber gerade in solchen ganz konkreten Projekten kommen Menschen mit unterschiedlicher Kultur und Religion einander näher. Die Brücke einer guten Gesetzeslage in Österreich wird damit mit Leben gefüllt.

Christen und Muslime leben gemeinsam in Österreich. Sie sind verschieden. Aber sie müssen im Alltag zusammen leben. Das erfordert Bereitschaft zur Verständigung von beiden Seiten. Der Dialog des Alltags ist auch der Dialog der Religionen. Beide Seiten müssen mehr und mehr bereit und fähig werden, die eigene religiöse Identität zu erklären und die andere zu respektieren. Der Dialog muss daher auch von den religiösen Vertretern gut begleitet und gefördert werden, damit das Zusammenleben von allen in Verschiedenheit gelingt.

Ich denke, wir bauen gerade auch in Österreich gute Brücken zwischen den Menschen und den Religionen für die Zukunft.

Elisabeth Dörler